

Quellenbearbeitung – Grundlage Präsentation

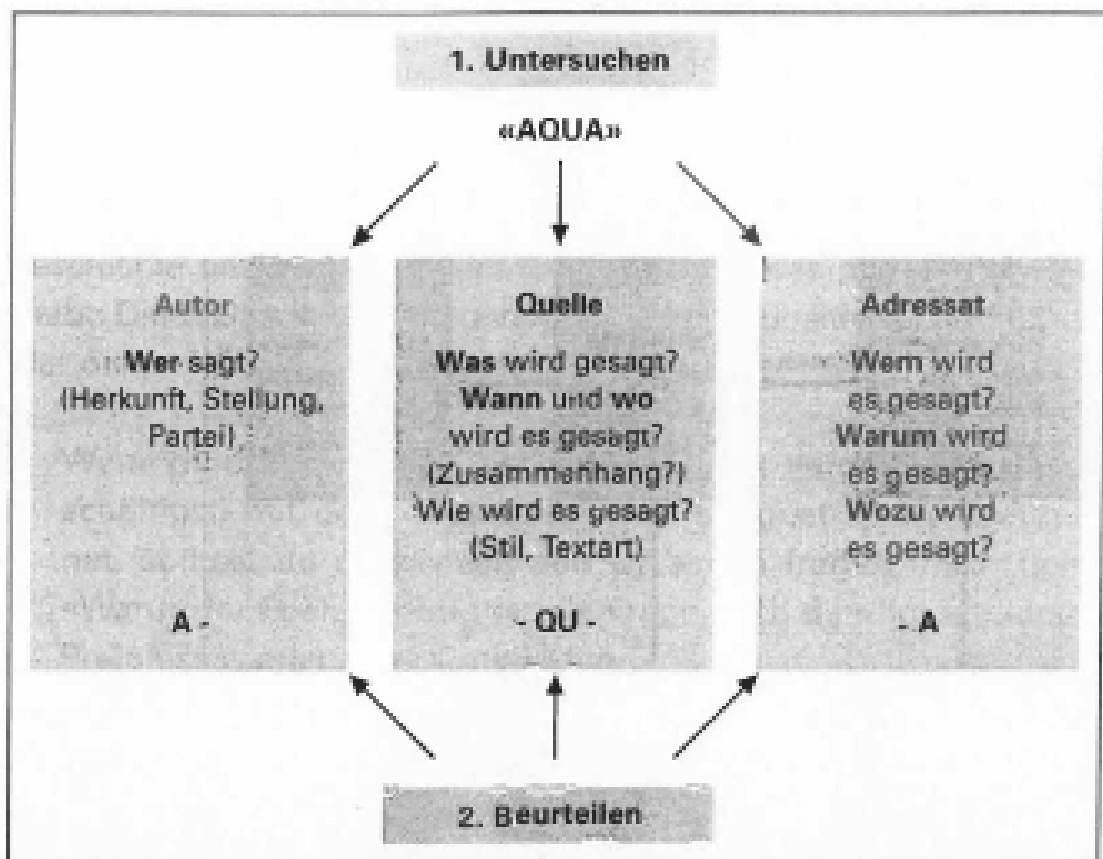
Ziele

- Sie interpretieren eine Quelle nach der AQUA-Methode in Gruppenarbeit (2-4 Personen).
- Sie nutzen und stärken Ihre Präsentationskompetenzen. (Powerpointpräsentation erstellen, sorgfältige sprachliche Präsentation in 6 bis max. 10 Minuten, Bewertung Präsentation siehe Raster)

Information

Bearbeitung von Textquellen

Die Bearbeitung von Quellen verlangt ein systematisches Vorgehen. Das Raster A-QU-A strukturiert die bekannten W-Fragen und richtet diese aus (siehe Abbildung 1):



Das arbeitsmethodische Vorgehen umfasst zwei Schritte:

- zuerst wird untersucht
- dann wird beurteilt

Diese Reihenfolge ist zwingend: Zuerst wird analysiert, dann beurteilt.

Sowohl das klärende Untersuchen als auch das abschliessende Beurteilen sind auf drei Komponenten ausgerichtet:

- auf den Autor / die Autorin
- auf die Quelle
- auf die Adressaten

Hier muss die Reihenfolge nicht strikt eingehalten werden. In der Praxis beginnt man oft mit der Quelle, geht dann zum Autor über und schliesst mit dem Adressaten. Nicht die Abfolge ist wichtig, sondern dass alle drei Komponenten systematisch bearbeitet werden.

Aus: Furrer/Messmer/Weder/Ziegler: Die Schweiz im kurzen 20. Jahrhundert. Bern 2008. S. 179.

Abgabe bis 10. Dezember 17 der Präsentation und der Quellenbearbeitung (Kopfzeile NAMEN der Gruppe) per Mail an anne.berger@bbb Baden.ch

Geschichtspräsentation 13.12. / 20.122017

Name:

1. Inhalt (zählt doppelt)

Sachliche Richtigkeit

Beantwortung der Fragestellung, sorgfältige Quelleninterpretation
umfassende Kenntnisse, Ausschöpfung des Themas

Aufbau/ Gliederung

Übersichtlichkeit, Folgerichtigkeit: "Roter Faden"
bleibt sichtbar

Bedeutsamkeit des Inhalts

Unterscheidung: Wesentliches / Unwesentliches
Querverbindungen, Relevanz, Differenziertheit

2,0	2,5	3,0	3,5	4,0	4,5	5,0	5,5	6,0
sehr mangelhaft bezüglich Verständnis für Zusammenhänge; schlecht gegliedert; teilweise nicht nachvollziehbar				ungenau und/oder oberflächlich und teilweise schlecht gegliedert; nur mit Mühe nachvollziehbar		im Niveau angemessen, korrekt und gut gegliedert; gut nachvollziehbar		anspruchsvoll, lehrreich und sehr gut gegliedert; leicht nachvollziehbar

Note: x 2

2. Einsatz von Hilfsmitteln

Wirksamkeit der Veranschaulichung
Handhabung und Organisation der Medien
Ideenreichtum

2,0	2,5	3,0	3,5	4,0	4,5	5,0	5,5	6,0
unzweckmässig; nicht lesbar; falsch gehandhabt; desorganisiert			teilweise unzweckmässig; schwer lesbar; teilweise falsch gehandhabt			sinnvoll; übersichtlich; korrekt gehandhabt; gut organisiert		äusserst zweckmässig und originell; sehr gut organisiert

Note:

3. Art des Vortragens

Sprachliche Gewandtheit
Freie Rede
Klarheit und Prägnanz
Wortschatz/Beherrschung der Schriftsprache

2,0	2,5	3,0	3,5	4,0	4,5	5,0	5,5	6,0
Ableesen; unklar; grosse Mängel in der Beherrschung der Standardsprache			wenig Blickkontakt; Defizite in der Beherrschung der Standardsprache			teilweises Ableesen; kleinere Mängel in der Beherrschung der Standardsprache		weitgehend freies Sprechen; sehr gute Beherrschung der Standardsprache

Note:

4. Gesamteindruck

Abwechslung, Engagement, Lebendigkeit und Kreativität
Haltung und Selbstsicherheit
Time Management 6 bis max. 10 Min.

2,0	2,5	3,0	3,5	4,0	4,5	5,0	5,5	6,0
ohne Einstieg; weitschweifig und kompliziert; ohne Engagement vorgetragen; ohne nennenswerten Schluss; zu lange oder zu kurz			unangemessener Einstieg; teilweise langatmig und kompliziert; wenig Engagement; schwach abgeschlossen; zu lange oder zu kurz			korrekt eingeleitet; ausreichend einfach und kurz; mit Engagement vorgetragen; korrekt abgeschlossen; innerhalb des Zeitbudgets beendet		äusserst wirkungsvoll eingeleitet; prägnant; mit grossem Engagement vorgetragen, hervorragend abgeschlossen; innerhalb des Zeitbudgets beendet

Note:

5. Quellenbearbeitung "AQUA"

Korrektheit, umfassende Kenntnisse, Nachvollziehbare Begründungen, Differenziertheit

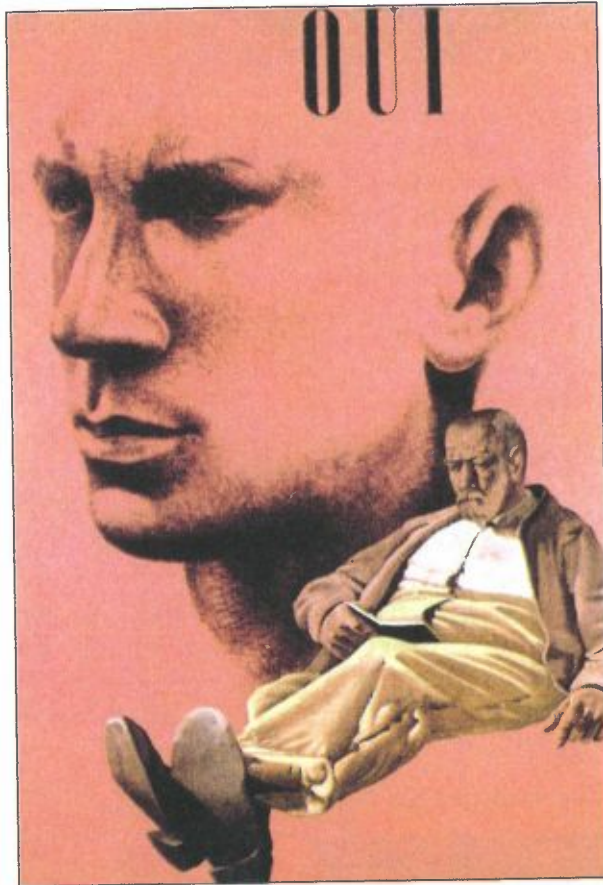
2,0	2,5	3,0	3,5	4,0	4,5	5,0	5,5	6,0
zusammenhanglos, falsche Ausführungen			teils unklare und oberflächliche Ausführungen			Zusammenhänge im wesentlichen erfasst, Defizite im Inhalt		überzeugende Argumentation, sehr gute Sachkenntnis

Note: x 5

Notengebung: (2* Note Inhalt + Note Einsatz von Hilfsmitteln + Note Art des Vortragens + Note Gesamteindruck + 5* Note Quellenbearbeitung = Schlussnote

Summe =/10 =

Die Gründe, weshalb sich der Staat vermehrt um die materielle Sicherheit der Arbeiterschaft zu kümmern begann, lagen unter anderem darin, dass deren beruflicher Einsatz einen höheren Stellenwert bekam. Um im zunehmend heftigen industriellen Konkurrenzkampf mithalten zu können, mussten jene, die die eigentliche Arbeit ausführten, vor Risiken geschützt werden. Ein zweiter Grund lag in der Idee, dass sich eine unzufriedene Arbeiterschaft vermehrt den sozialistischen Organisationen zuwenden und sich so die Gefahr einer Revolution erhöhen könnte.



M2 Von Hans Erni gestaltetes Abstimmungsplakat zur AHV-Vorlage von 1947

- 1 a) Interpretieren Sie die Zahlen zur Arbeitslosenunterstützung in der Schweiz (M1).
b) Gehen Sie der Frage nach, wer heute von der Arbeitslosenunterstützung unter welchen Umständen und wie lange profitiert.
- 2 Analysieren Sie das Abstimmungsplakat für die AHV-Vorlage von 1947 (M2). Welche Prinzipien und Folgen der neuen Versicherung werden in den Vordergrund gestellt?

3.3 Bildung als Aufgabe des Sozialstaates

Neben der Absicherung der werktätigen Bevölkerung gegen materielle und gesundheitliche Schäden übernahm der Staat zunehmend die Aufgabe, Menschen auszubilden, damit diese später die für den Arbeitsalltag benötigten Qualifikationen mitbringen würden. Die Wirtschaft des technischen Zeitalters, der Arbeitsmarkt und die öffentliche Verwaltung erforderten die Massenalphabetisierung, das heisst die Ausbildung aller Menschen im Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Erziehung galt als Mittel, den ökonomischen und technischen Fortschritt voranzutreiben. Auch die Arbeiterbewegung setzte sich für den Ausbau des **Bildungssystems** und damit für soziale Chancengleichheit ein. In der

4. Der Ort der Moderne*: die Stadt

4.1 Urbanisierung*

Städtewachstum

„Modernisierung“* bedeutet neben der Umwälzung von Wirtschaft und Staat vor allem auch **Urbanisierung**, d.h. **Verstädterung*** und Ausbildung städtischer Lebensweisen. Die Landwirtschaft konnte der wachsenden Bevölkerung keine neuen Arbeitsplätze bieten. Im Gegenteil: Sie durchlief selbst einen Umbruchprozess, in dessen Verlauf massenweise Bauern ihre Höfe aufgeben mussten und Landarbeiter in den Städten, wo sich die wirtschaftlichen Aktivitäten in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr ausweiteten, neue Arbeit suchten. Viele Bauern wanderten aus und versuchten, in Übersee eine neue Existenz zu begründen. Um 1860 hatten die meisten Menschen in den USA und in Westeuropa ihr Zuhause noch in Dörfern und auf Bauernhöfen; beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges lebte die Mehrheit in Städten. Die **Landflucht** war in der Schweiz allerdings weniger markant. Die städtische Bevölkerung machte zu Beginn des 19. Jahrhunderts 10 % aus, ihr Anteil stieg in der Mitte des Jahrhunderts auf 17 % und lag Anfang des 20. Jahrhunderts bei 31 %. Diese relativ niedrigen Zahlen erklären sich unter anderem damit, dass sich in der Schweiz viele Fabriken dezentral, entlang den Flüssen, angesiedelt hatten, wo das Wasser den Fabrikanten die Energiegewinnung ermöglichte.



M1 Umzug einer Arbeiterfamilie (um 1900)

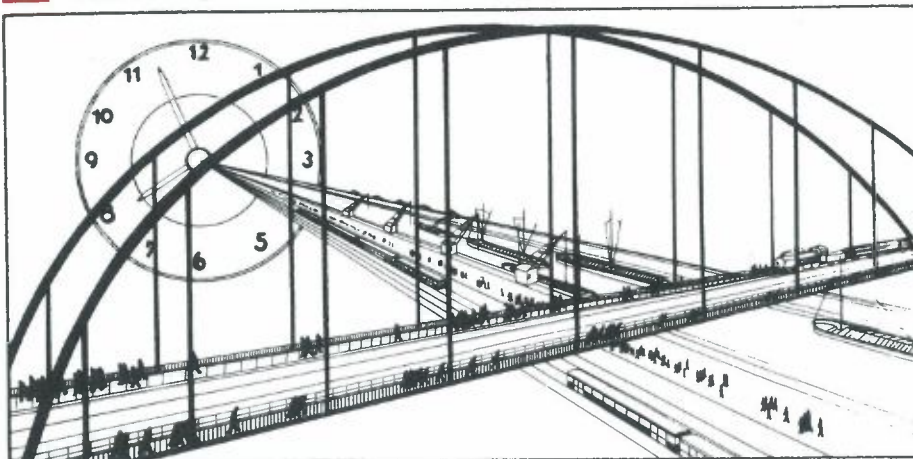
Wenn man bedenkt, daß diese armen Leute mit tausend anderen Gleichgesinnten einen der entsetzlichsten Faktoren der sozialen Frage geschaffen haben: Die Entvölkerung des Landes und die Ueberfüllung der Großstädte — — —.



Wohnen in der Stadt

Innerhalb weniger Jahre war das jahrhundertlang ausreichende Stadtgebiet hoffnungslos überfüllt. Ringsherum wuchsen unabhängige Städte und Vorortsiedlungen empor, die in mehreren Schüben eingemeindet wurden, sodass die Städte nicht nur nach der Einwohnerzahl, sondern auch nach der Fläche enorm anschwellen. Die kinderreichen Arbeiterfamilien drängten sich in Kleinstwohnungen von ein bis zwei Räumen unter unwürdigen Bedingungen zusammen. Sowohl in den alten Stadtzentren als auch in den von privaten Unternehmern hastig emporgezogenen Billighäusern oder Mietskasernenblöcken der Neubauviertel entstanden **Elendsquartiere**. Wohlhabende Familien dagegen liessen an neuen repräsentativen Strassen oder in grünen Vorortvierteln grosszügige Wohnhäuser und Villen errichten. Nicht nur sozial, sondern auch räumlich verstärkte sich die **Trennung der sozialen Schichten**.

M7 Oskar Nerlinger: Strassen der Arbeit (1923)



Die Grossstadt mit ihrem massiven Einbruch der Moderne in die traditionellen Lebenswelten löste zum einen Begeisterung aus, rief aber gleichzeitig **apokalyptische Ängste** vor dem Niedergang aller Religiosität und Sittlichkeit hervor. Heute weiss man, dass die Stadtkritikerinnen und -kritiker in ihrer Sehnsucht nach der angeblich gesunden, ländlichen Welt im Gegensatz zur verderbten Stadt tatsächlich hellsichtig auf Gefahren und Probleme hingewiesen haben.

→ **M8** Die Entwicklung des Kreuzplatzes in Zürich von 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart



1836



1899



1911



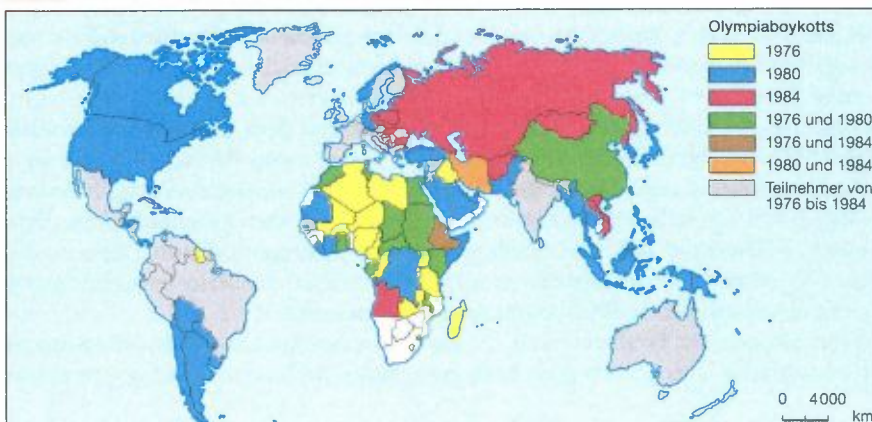
1945

M9 Erste Olympische Spiele der Moderne in Athen (1896)



Dies galt auch für die wieder ins Leben gerufenen **Olympischen Spiele**: Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/1 ordnete der Begründer der modernen Olympischen Spiele, **Pierre de Coubertin**, den Grund für die Niederlage Frankreichs unter anderem in der mangelnden sportlichen Tüchtigkeit der Jugend. Er forderte die Einführung des obligatorischen Sportunterrichts an den Schulen. Gleichzeitig entwickelte er – inspiriert durch die damals vorgenommenen Ausgrabungen der antiken Sportstätten in Athen – die Idee internationaler Wettkämpfe, in der Hoffnung, die Solidarität zwischen den Staaten fördern und die Gefahr zukünftiger Kriege vermindern zu können. Durch sportliche Ertüchtigung, die der Pädagoge Coubertin nach antikem Ideal einem religiösen Kult gleichsetzte, sollte die Jugend zur moralischen Vollkommenheit finden. Die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit fanden 1896 in Athen statt. Leider liessen sich in den folgenden Jahren Coubertins Ideale nie wirklich umsetzen. Dreimal fiel das Sportereignis wegen Weltkriegen aus (1916, 1940 und 1944). 1936 nutzte Hitlerdeutschland die in Berlin stattfindenden Olympischen Spiele, um das im Ausland angeschlagene Bild Deutschlands zu verbessern. Auf antisemitische Parolen wurde in dieser Zeit verzichtet. Immer wieder dienten die Spiele zudem als Plattform für politische Stellungnahmen einzelner Gruppierungen, sei es mittels **Boykotten** der Veranstaltung durch gewisse Delegationen (z. B. Boykott durch die Schweizer nach dem Ungarnaufstand 1956), sei es durch Aktionen bestimmter Sportler (z. B. erhobene, schwarz behandschuhte Faust der afroamerikanischen 200-Meter-Läufer bei ihrer Siegerehrung 1968 als Symbol der „Black Power“*) oder gar durch terroristische Aktionen (z. B. Überfall palästinensischer Terroristen 1972). Problematisch war immer wieder auch die Vergabe der Spiele an das nächste Veranstaltungsland. Das Internationale Olympische Komitee wurde bestochen (z. B. 2002, vor der Vergabe an Salt Lake City) oder in seiner Wahl stark kritisiert (z. B. 2008, Vergabe an China kritisiert wegen Menschenrechtslage).

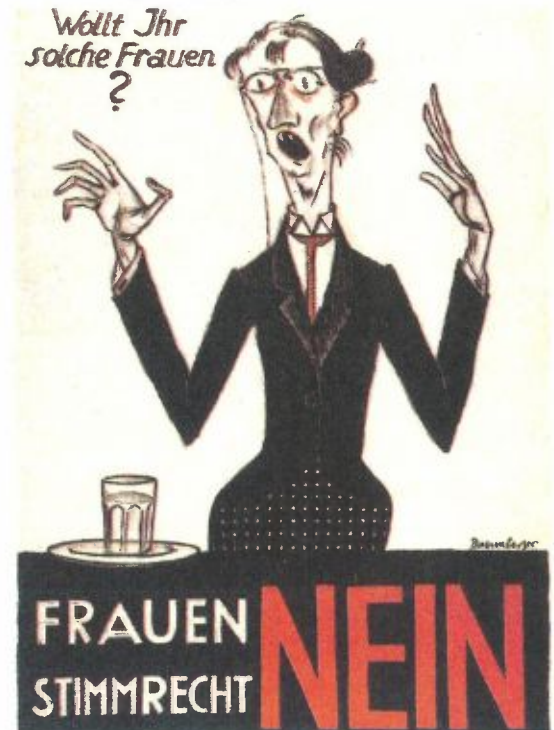
M10 Olympiaboykotte 1976, 1980 und 1984



M 11 Deutsche Jugendbewegung: Tanz um einen Baum als Ausdruck des Einklangs mit der Natur (1922)



M 12 Plakat gegen das Frauenstimmrecht vor einer Abstimmung von 1920



Die Entdeckung der Jugend

In vormodernen Zeiten war die Jugendzeit nicht als eine eigene Lebensphase wahrgenommen worden. Das änderte sich um die Jahrhundertwende. Der Begriff des „Jugendlichen“ wurde geprägt. „Jugend“ wurde erstmals als eine eigene Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsenenleben verstanden, als eine problematische Reifephase, die Zeit der Pubertät, aber auch der Bildung. Jugendliche entwickelten ein eigenes Selbstverständnis und Selbstbewusstsein, suchten nach Selbstbestimmung, fanden in den entstehenden **Jugendbewegungen** zu eigenen Organisationsformen und verstanden sich als Erneuerer der Gesellschaft. Eine der Ursachen für den neuen Stellenwert der Jugend in der Gesellschaft lag darin, dass der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung stark gestiegen war. Die neue industrialisierte und urbanisierte Umwelt mit der lebendigen, sich stets wandelnden Stadt, mit ihrer besonderen Lebens- und Arbeitsweise und ihren Angeboten verschaffte den jungen Menschen Freiräume und Erfahrungswelten, die die Eltern so nicht erfahren hatten.

Begünstigt durch die wachsende Selbstständigkeit der jungen Menschen entstanden erste Formen einer jugendlichen Sub- und Protestkultur, mit denen die Jungen die Alten herausforderten und sich von ihnen absetzten. Ein neues Gefühl der Freiheit vermischte sich mit der Rebellion gegen die Erwachsenen und dem Willen, das eigene Leben selbst zu gestalten.

Es formierte sich eine Jugendbewegung, die geistig, kulturell und pädagogisch neue Maßstäbe setzen wollte. Sie lehnte die „Tyrannei der Schule“ und ihres „erstarrten Bildungskanon“ ab, suchte Gemeinschaftserlebnisse und stellte sich gegen die hergebrachte Freizeitgestaltung. Zwar profitierte sie von den Angeboten der urbanen Lebensweise, sie kritisierte aber gleichzeitig den Druck der Industriegesellschaft. Die Stadt mit ihrem strengen Arbeitsrhythmus in Schule, Büro und Fabrik, ihrer räumlichen Enge und ihrer Künstlichkeit wurde der Freiheit der Natur entgegengestellt. Die Jugendbewegung zog es aus der Stadt zum Wandern in die Natur.

Viele Erwachsene nahmen den Freiheitsdrang, die Flucht vor den Autoritäten und die Kritik an Werten wie Fleiß und sozialer Unterordnung als Bedrohung wahr. Juristen und Pädagogen antworteten

M 4 Aus Wilsons Vierzehn Punkten vom 8. Januar 1918:

1. Öffentliche Friedensverträge, die in öffentlicher Verhandlung zustande gekommen sind; künftig soll es keine geheimen internationalen Abmachungen irgendwelcher Art geben; die diplomatischen Verhandlungen sollen immer offen und im Lichte der Öffentlichkeit sich vollziehen.
2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere ausserhalb der territorialen Gewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen der Fall, dass die Gewässer ganz oder teilweise durch internationale Aktion zur Durchführung internationaler Verträge geschlossen werden.
3. Beseitigung aller wirtschaftlicher Schranken und Schaffung gleicher Handelsbedingungen für alle Nationen, die sich zum Frieden bekennen und sich zu seiner Aufrechterhaltung zusammenschliessen.
4. Ausreichende Garantien dafür, dass die Rüstungen der Länder bis zu dem Mindestmasse, das mit der eigenen inneren Sicherheit noch vereinbar ist, eingeschränkt werden.
5. Freie, unvoreingenommene und streng unparteiische Regelung aller kolonialen Ansprüche bei strenger Berücksichtigung des Grundsatzes, dass bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Belange der betroffenen Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, über deren Rechtstitel befunden werden soll. [...]
14. Es ist eine allgemeine Vereinigung der Nationen unter Zugrundelegung einschlägiger Verträge zu bilden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistungen für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der grossen wie der kleinen Staaten. Hinsichtlich dieser grundlegenden Berichtigungen des Unrechts und Zusicherungen betreffs des Rechtes fühlen wir uns eng verbunden mit allen gegen die Imperialisten vereinigten Regierungen und Völkern. In unseren Interessen und Zwecken können wir nicht getrennt oder geteilt werden. Wir stehen zusammen bis zum Ende.

Adolf Rock [Hrsg.]: *Dokumente der amerikanischen Demokratie*. Limes Verlag: Wiesbaden 1947, S. 173/175

M 5 Die Siegermächte und ihre Deutschlandpolitik

Aus der Besprechung zwischen dem amerikanischen Präsident Woodrow Wilson, dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, dem britischen Premierminister David Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten Vittorio Orlando im Rat der Vier in Versailles am 27. März 1919:

Wilson: Ich hoffe, Sie sind mit Herrn Lloyd George grundsätzlich darin einig, dass es notwendig ist, sich Deutschland gegenüber massvoll zu verhalten. Wir wollen es nicht

vernichten, und wir könnten es auch nicht. Es wäre unser grösster Fehler, ihm triftige Gründe zu geben, eines Tages Rache nehmen zu wollen [...].

Wir haben überall Grenzen und damit die nationale Staatshoheit zu ändern. Es gibt nichts, das grössere Gefahren in sich birgt! Denn diese Veränderungen verletzen alte Gewohnheiten, sie verwandeln sogar das tägliche Leben der Bevölkerung ebenso wie sie ihr Gefühl berühren. Wir müssen es vermeiden, unseren Feinden auch nur den Anschein der Ungerechtigkeit zu geben. Ich fürchte für die Zukunft nicht die Kriege, die durch geheime Verschwörungen der Regierungen vorbereitet werden, sondern vielmehr die Konflikte, die aus der Unzufriedenheit der breiten Masse erwachsen. Wenn wir uns selbst der Ungerechtigkeit schuldig machen, dann ist diese Unzufriedenheit unvermeidbar – mit allen Folgen, die sie nach sich zieht. Daher unser Wunsch, mit Mässigung und Billigkeit zu verhandeln! [...]

Clemenceau: Ich habe gestern gesagt, dass ich voll und ganz mit Herrn Lloyd George und Präsident Wilson einer Meinung bin. Wir dürfen unseren Sieg nicht missbrauchen. Man muss die Völker rücksichtsvoll behandeln und sich davor hüten, einen Aufstand des nationalen Gewissens herauszufordern. [...] Die Deutschen sind ein Volk mit einer Sklavenseele, dem gegenüber die Gewalt als Argument dienen muss. Napoleon sagte vor seinem Tode: „Nichts Dauerhaftes ist auf Gewalt gegründet.“ Ich bin dessen nicht sicher, denn ein Blick auf die grossen Nationen Europas und die Vereinigten Staaten selbst dürfte genügen, um Zweifel an der Richtigkeit dieses Satzes zu bekommen. Gewiss kann die Gewalt nichts Dauerhaftes schaffen, wenn sie nicht der Gerechtigkeit dient. Man muss alles tun, um gegen die Deutschen gerecht zu sein, aber sie ihrerseits zu überzeugen, dass wir ihnen gegenüber gerecht sind, ist eine andere Sache. Ich glaube, wir können es fertig bringen, die Welt vor einem deutschen Angriff für lange Zeit zu schützen, aber der deutsche Geist wird sich nicht so schnell ändern. Sehen Sie sich doch die deutschen Sozialdemokraten an, die sich immer als Brüder unserer und Ihrer Sozialisten bezeichneten: Wir sahen sie im Dienst der kaiserlichen Regierung – und heute dienen sie Herrn Scheidemann, der die alte Beamtenschaft des Kaiserreiches [...] um sich hat.

Beachten Sie, dass in Deutschland niemand zwischen gerechten und ungerechten Forderungen der Alliierten einen Unterschied macht. Es gibt keinen heftigeren Widerstand als den gegen die Zuteilung Danzigs an Polen. Um jedoch das historische Verbrechen, das am polnischen Volk begangen wurde, wiedergutzumachen, sind wir verpflichtet, diesem Volk, wenn wir es wieder zum Leben erwecken, auch die Mittel zu seiner Existenz zu geben. [...]

Meine Grundsätze sind die Ihrigen, ich erörtere nur ihre Anwendung. Ich erlaube mir, Herrn Präsident Wilson zu sagen: Glauben Sie ja nicht, dass die Grundsätze der Ge-

freierung der Menschen erreicht, die sich selbst nie hätten befreien können. Und die Macht der mächtigsten Nationen wurde nicht in den Dienst eigenen Machtzuwachses gestellt, sondern in den Dienst der Befreiung der Völker, die sich auch unter ihre Kontrolle hätten stellen können, wenn sie dies gewollt hätten. Kein Meter Land wird von den Eroberern gefordert, kein einziger Akt der Unterwerfung unter die Autorität wird von ihnen verlangt. Die Männer, die in Paris um den Verhandlungstisch sassen, wussten, dass die Zeit gekommen war, in der die Völker nicht mehr länger bereit waren, ihre Zustimmung zu geben, unter Herren zu leben, sondern ihr eigenes Leben leben und unter solchen Regierungen leben wollten, die sie nach eigener Wahl aufstellten. Dies ist das Grundprinzip dieses grossen Abkommens.

Arthur S. Link and William M. Leary [Ed.]: *The Diplomacy of World Power: The United States 1889–1920*. London 1970, S. 167–168; Übersetzung aus dem Amerikanischen von Margarete Schwind

M8 Der britische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883–1946) über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Versailler Vertrages auf Europa (1919):

Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts um die geschlagenen Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts um Russland zu retten. Auch fördert er in keiner Weise die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Verbündeten selbst. Über die Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs und Italiens oder den Ausgleich zwischen den Systemen der alten und der neuen Welt konnte man sich in Paris nicht verständigen. Der Rat der Vier schenkte diesen Fragen keine Aufmerksamkeit, da er mit anderem beschäftigt war – Clemenceau, das Wirtschaftsleben seiner Feinde zu vernichten, Lloyd George, ein Geschäft zu machen und etwas nach Hause zu bringen, was wenigstens eine Woche lang sich sehen lassen konnte, der Präsident [Wilson], nur das Gerechte und Rechte zu tun. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, dass das wirtschaftliche Grundproblem eines vor ihren Augen verhungern und verfallenden Europa die einzige Frage war, für die es nicht möglich war die Teilnahme der Vier [ausser den „Grossen Drei“ noch der italienische Ministerpräsident Orlando] zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr Hauptinteresse auf wirtschaftlichem Gebiet und sie behandelten sie als eine Frage der Theologie, der Politik, der Wahltaktik, kurz, von jedem anderen Gesichtspunkt als dem der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten [...].

Die bezeichnenden Züge der gegenwärtigen Lage lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen: 1. Das vollständige Nachlassen der inneren Produktivität Europas, 2. Der Zusammenbruch des Verkehrswesens und des Austausches,

mittels deren seine Erzeugnisse dorthin gebracht werden konnten, wo man ihrer am meisten bedurfte und 3. Europas Mangel an Kaufkraft zur Beschaffung der gewohnten Waren von Übersee. [...] Vor uns steht ein leistungsunfähiges, arbeitsloses, desorganisiertes Europa, zerrissen vom Hass der Völker und von innerem Aufruhr, kämpfend, hungernd, plündernd und schwindelnd; wo soll man weniger düstere Farben hernehmen?

John Maynard Keynes: *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*. München u. a. 1920, S. 184 ff

M9 Aus den das Deutsche Reich betreffenden Teilen des Versailler Friedensvertrages:

Art. 45: Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf die von Deutschland geschuldete völlige Wiedergutmachung der Kriegsschäden tritt Deutschland das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum an den Kohlengruben im Saarbecken [...] mit dem ausschliesslichen Ausbeutungsrecht an Frankreich ab. [...]

Art. 80: Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs [...] an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, dass diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, dass der Rat des Völkerbundes einer Änderung zustimmt. [...]

Art. 81: Deutschland erkennt [...] die vollständige Unabhängigkeit der Tschecho-Slowakei an [...].

Art. 87: Deutschland erkennt, wie die alliierten und assoziierten Mächte es bereits getan haben, die völlige Unabhängigkeit Polens an. [...]

Art. 160: Spätestens am 31. März 1920 darf das deutsche Heer [...] nicht mehr als 100 000 Mann, einschliesslich der Offiziere und der Depots, betragen. Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt. [...]

Art. 213: Solange der gegenwärtige Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluss für notwendig erachtet. [...]

Art. 231: Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Kriege erlitten haben.

Reichsgesetzblatt, 1919, Nr. 140, S. 769 ff

M5 Eine Suppenküche für Arme in St. Petersburg.**M6** Picknick der Petersburger Gesellschaft auf der Datscha der Grossfürstin Maria Pawlowna, 1913**Exil in der Schweiz**

Zahlreiche russische Revolutionäre flüchteten vor der Unterdrückung durch das Zarenreich in die Schweiz. Hier herrschten stabile politische Verhältnisse und seit 1848 garantierte die Bundesverfassung Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit auch für die Emigranten und Emigrantinnen. Der Bund interessierte sich kaum für die Revolutionäre, weil deren politische Tätigkeit Russland und nicht die Eidgenossenschaft betraf. Hinzu kam, dass sich die polizeiliche Überwachung der Emigranten ohnehin von Kanton zu Kanton unterschied. Die Emigrantinnen und Emigranten organisierten sich in Vereinen und Zirkeln, was aber nicht ausschloss, dass zum Teil erbittert über politische Standpunkte und Strategien gestritten wurde. In der Schweiz studierten zahlreiche russische Studenten und vor allem Studentinnen. Viele von ihnen engagierten sich in revolutionären Kreisen, vornehmlich in Zürich. Einige sind erst in der Schweiz radikalisiert worden. Dieser Umstand führte dazu, dass die zaristische Regierung, welche die Emigranten durch Agenten der Geheimpolizei bespitzelte, 1873 russischen Frauen verbot, an den Hochschulen in der Limmatstadt zu studieren. Wer sich widersetzte, konnte in Russland weder eine Prüfung ablegen noch eine Stelle im öffentlichen Dienst bekleiden.



M7 Abschiedsszene am Zürcher Hauptbahnhof. Weil das Foto aus dem Nachlass des mit Lenin befreundeten Schweizer Sozialdemokraten Fritz Platten stammt, könnte es eventuell am 9. April 1917 bei der Abfahrt Lenins und seiner Genossinnen und Genossen nach Russland entstanden sein.



M4 Die Aufgaben der Schule nach dem Programm des Eidgenössischen Departements des Innern (1882–1884):

Mit der gesetzlichen Proklamierung der Schulpflicht und der Bestrafung der Widerhandlungen ist die Aufgabe nicht erledigt. Es muss alles dasjenige beseitigt werden, was den wirklichen Schulbesuch unmöglich macht oder für viele in hohem Grade erschwert. Dazu gehören:

Zu grosse Distanzen;

Mangel an Kleidern und an Lebensmitteln während der Tagesschulzeit bei armen Kindern. [...]

Da nun ein genügender Primarunterricht nicht denkbar ist ohne Schulbücher und ohne Schreib- und Zeichnungsmaterial, so enthält die Forderung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts nicht nur das, dass kein besonderes Schulgeld verlangt werden darf, sondern dass den Schülern auch das, was für den Unterricht notwendig ist, ohne Entgelt zur Disposition gestellt werde. [...]

Es genügt nicht, dass die Organisation und Leitung der Schule auf staatlichem Gesetz beruhe, sondern es ist an jedes kantonale Schulgesetz die Anforderung zu stellen, dass es die Schule in allen Instanzen unter ausschliesslich staatliche Leitung stelle, und diese ausschliesslich staatliche Leitung muss auch faktisch durchgeführt sein. [...]

Das Ziel ist: die bürgerliche nicht konfessionelle Schule im Gegensatz zu der bürgerlichen, im Unterrichte konfessionellen Schule.

Es findet Beeinträchtigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit statt, wenn

1) entgegen dem Willen der Eltern oder Vormünder ein Kind zu einem religiösen Unterricht angehalten; [...]

3) oder wegen Glaubensansichten oder Zugehörigkeit zu einer Religionsgenossenschaft mit Strafen irgendwelcher Art belegt wird;

4) in der Schule obligatorische Schulbücher gebraucht werden, in denen Glaube und Kultus einer Konfession direkt oder indirekt der Missachtung preisgegeben werden; [...]

7) in demjenigen Teil des Unterrichts, dem das Kind nicht entzogen werden kann, Erzählungen, Erklärungen, Erörterungen oder dergleichen angebracht werden, welche darauf ausgehen oder hinauslaufen, den Glauben oder den Kultus einer Konfession als unwahr, verwerflich und hasensenswert darzustellen; [...]

9) in der Schule von dem Lehrer, oder von wem es auch sein mag, auf die Kinder Einfluss im Sinne einer bestimmten Konfession ausgeübt werden will. [...]

Wie der Kampf ums Dasein für jeden Einzelnen immer schwieriger wird, so wird er es auch für das ganze Land inmitten der andern Länder. Wir suchen nach allen Richtungen hin die Bedingungen zu schaffen und zu verbessern, damit unser Land diesen Kampf bestehen und mit Erfolg führen kann. Aber gewichtige Vorteile, welche andere Länder in diesem Kampfe haben, wie grosse Ausdeh-

nung, milderes Klima, Meeresküsten, Steinkohlenschätze usw., sind der Schweiz versagt, und andererseits wird sie Seitens der grossen Nachbarländer durch hohe Eingangszölle, die sie um ihrer selbst willen nicht erwidern kann, in Arbeit und Erwerb beeinträchtigt und untergraben. So ist sie denn, mehr als irgend ein anderes Land, darauf angewiesen, mit allem Ernst und Eifer die Kräfte möglichst zu heben und möglichst leistungsfähig zu machen, welche ihr in ihrer Bevölkerung gegeben sind und welche schliesslich, Land gegen Land, im Frieden den Ausschlag geben. Diese Aufgabe vollzieht die Schule, in allererster Linie die allgemeine Volksschule, und es erscheint somit die Sorge für dieselbe als volkswirtschaftliches Postulat ersten Ranges. Sie ist aber für uns ebenso ein politisches Postulat ersten Ranges. Das Ideal der Demokratie, welchem wir zustreben und in welchem wir die sicherste Bürgerschaft für ruhige Fortentwicklung des Gemeinwesens und für das Wohlergehen Aller erblicken, ist das selbstherrschende Volk, bestehend aus freien, geistig mündigen, urteilsfähigen Bürgern. So mannigfaltig die Faktoren sind, welche zur Gestaltung eines solchen Volkes zusammenzuwirken haben, so ist doch der erste, vornehmste und wichtigste dieser Faktoren die tüchtige, allgemeine Volksbildung, welche in der Volksschule vor sich zu gehen hat. Ist diese für alle Völker ein Bedürfnis, so ist sie ein Kardinalbedürfnis für ein republikanisch-demokratisches Gemeinwesen, und die Sorge für sie die Sorge für seine eigene Existenz und seine Zukunft.

Aus: Das Werden der modernen Schweiz. Band 1: Interkantonaler Lehrmittelverlag: Luzern 1986, S. 74f.

M5 Auszug aus dem Fabrikgesetz von 1877

Art. 11. Die Dauer der regelmässigen Arbeit eines Tages darf nicht mehr als 11 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen nicht mehr als 10 Stunden betragen und muss in die Zeit zwischen 6 Uhr, beziehungsweise in den Sommermonaten Juni, Juli und August 5 Uhr morgens und 8 Uhr abends verlegt werden. Die Arbeitsstunden sind nach der öffentlichen Uhr zu richten und der Ortsbehörde anzuzeigen [...].

Art. 14. Die Arbeit an den Sonntagen ist, Notfälle vorbehalten, untersagt [...].

Art. 15. Frauenspersonen sollen unter keinen Umständen zur Sonntags- oder Nachtarbeit verwendet werden. Wenn dieselben ein Hauswesen zu besorgen haben, so sind sie eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1½ Stunden beträgt. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Wöchnerinnen im Ganzen während 8 Wochen nicht in der Fabrik beschäftigt werden. Ihr Wiedereintritt in dieselbe ist an den Ausweis geknüpft, dass seit ihrer Niederkunft wenigstens 6 Wochen verflossen sind.

M3 Entwicklungen in der Kommunikationstechnik um 1900 (Auswahl)

- 1837 Schreib-Telegraf (Samuel Morse, USA)
- 1866 Erste Telegrafie-Verbindung über den Atlantik
- 1876 Telefon (Alexander Graham Bell/Elisha Gray, USA)
- 1881 Erstes öffentliches Fernsprechamt in Berlin
- 1887 Grammophon (Emil Berliner, USA)
- 1888 Elektromagnetische Funk- und Radiowellen (Heinrich Hertz, Deutschland)
- 1889 Automatische Fernsprechvermittlung (Almon Brown Strowger, USA); Münzfernsprecher (William Gray, USA)
- 1891 Kinematograf (Thomas Alva Edison, USA); Telefonkabel zwischen England und Frankreich
- 1896 Drahtlose Telegrafie (Guglielmo Marconi, Italien)
- Empfänger für Funksignale (Alexander Stepanowitsch Popow, Russland)
- 1899 Drahtlose Telegrafie-Verbindung zwischen England und Frankreich (Guglielmo Marconi, Italien)
- 1901 Telegrafie-Übertragung per Funk über den Atlantik (Guglielmo Marconi, Italien)
- 1902 Bild-Telegrafie (Arthur Korn, Deutschland)
- 1906 Vakuumröhre zur Verstärkung schwacher Radiowellen (Lee de Forest, USA)

M4 Verlegung des Transatlantikkabels 1866, Holzstich, spätere Kolorierung, 1877.

Das 1865 verlorengegangene Kabel wird dabei zunächst gehoben, bevor das neue Kabel verlegt wird.



M5 Internationale Seekabelverbindungen

Bei der Verlegung der ersten Seekabel standen die Wissenschaftler und Ingenieure im 19. Jahrhundert nicht nur technischen Problemen. Die erste Verbindung über das offene Meer zwischen Dover und Calais im Jahr 1850, die Anbindung Englands an das europäische Festland, die Telegrafennetz gewährleisten sollte, hielt nur wenige Stunden. Ein Fischer hatte das Kabel mit seinem Netz versehentlich hochgezogen und mit einem Beil getrennt, weil er glaubte, er habe eine bis dahin unbekannte Art von Seetang, sichtbar mit Gold gefüllt, entdeckt. Ein Jahr später gelang die erneute Verlegung.

Nachdem eine erste telegrafische Verbindung über den Atlantik zwischen Europa und den Vereinigten Staaten im Jahr 1866 hergestellt worden war, erfolgte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts sukzessive der Aufbau eines weltumspannenden Seekabelnetzes. Die Reihenfolge der angelegten Erdteile entsprach deren Bedeutung im Rahmen sich zunehmend entwickelnden weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Nach Indien, China und Japan folgten Australien, Südamerika und zuletzt Afrika. Als im Jahr 1901 die Überbrückung des Pazifiks gelang, konnte nach einer fast 40-jährigen Aufbauzeit das weltumspannende Telegrafennetz in Betrieb genommen werden. Es war nun möglich, Nachrichten zwischen Weltmetropolen und Handelszentren innerhalb weniger Minuten auszutauschen. Dadurch wurde das telegrafische Weltnetz als ein Symbol für die Entstehung der einen, global vernetzten Welt gesehen werden.

Originalbeitrag des Verfassers

M6 Zeitgenössische Stimmen zur Bedeutung der Telegrafen

a) Aus einem Brief des US-amerikanischen Hauptfinanziers des Transatlantikkabels Cyrus Fields an seinen Bruder, 1866:

[Der Telegraf] bringt die Länder der Welt zusammen und bindet die getrennten Hemisphären. Er vereint eine Nationen [...]. Ein Meereskabel ist keine Eisenkette und tot in den eisigen Tiefen des Atlantiks begraben, ist eine lebendige Verbindung aus Fleisch und Blut. Die getrennten Teile der menschlichen Familie vereint, und von Liebe und Zärtlichkeit durchpulst ist. Diese starke Kraft trägt dazu bei, die menschliche Rasse in Frieden und Einmütigkeit zu einen [...]. Es scheint, als wäre diese Kette eine Nymphe, die sich aus den Wellen erhebt, geboren um vom Frieden zu künden.

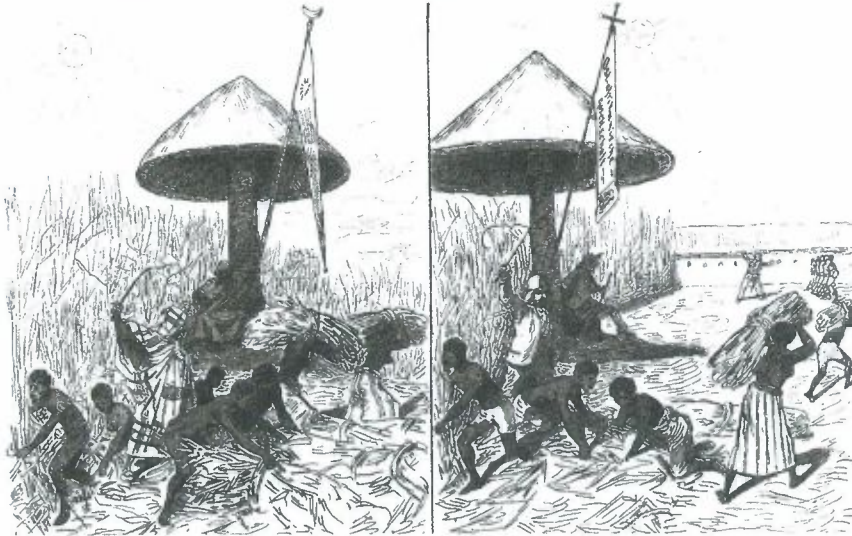
b) Aus einer Rede des New Yorker Geschäftsmanns W. E. Dodge, 1868:

Wenn Armee und Marine, Diplomatie, Wissenschaft und Presse ihr spezielles Interesse an der Telegrafie haben, dann muss das der Handel mindestens in

M4 Formen imperialistischer Herrschaft

a) „Zur ostafrikanischen Sklavenbefreiung“, Karikatur auf Carl Peters, aus „Der wahre Jacob“, 1889.

Der Begleittext zur Karikatur lautet: „Es kann den schwarzen Einwohnern Ostafrikas ganz Wurst sein, ob sie von den Arabern als Sklaven malträtirt oder von Dr. Peters & Co. als Lohnsklaven ausgebeutet werden.“ Carl Peters war einer der führenden deutschen Kolonialisten in Afrika und seit 1885 Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika.



b) Aus der „Chinesenordnung“ für Tsingtao vom 14. Juni 1900:

B. Allgemeine Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung.

§ 5. Zwischen 9 Uhr abends und Sonnenaufgang darf kein Chinese die Straße betreten, ohne eine brennende Laterne zu tragen oder sich vortragen zu lassen.

§ 6. Jede chinesische Bekanntmachung oder Proklamation, die an Häusern oder sonst wie öffentlich auf der Straße angeheftet werden soll, bedarf der Genehmigung des Kommissars für Chinesenangelegenheiten. Die Erlaubnis zur Anheftung ist zu versagen, falls der Inhalt die Ruhe und Ordnung zu gefährden geeignet ist.

§ 7. Jede Versammlung oder Beratung zu anderen als religiösen Zwecken bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Kaiserlichen Gouverneurs. Die Erlaubnis ist beim Kommissar für Chinesenangelegenheiten durch den Veranstalter der Versammlung und den Hausbesitzer, in dessen Hause die Versammlung abgehalten werden soll, einzuholen.

§ 8. Der Genehmigung des Kaiserlichen Gouverneurs bedürfen ferner:

- a) öffentliche Durchzüge durch die Straßen des Stadtgebietes mit Ausnahme von Hochzeits- und Leichenzügen,
 - b) das Abbrennen von Feuerwerkskörpern,
 - c) Theateraufführungen und provisorische Theaterbauten.
- Dem Gesuche sind die Einzelheiten sowie die Namen der aufzuführenden Stücke beizufügen.

§ 9. Alle Bittschriften, Eingaben und Gesuche mit Ausnahme von Eingaben an das Gericht sind an den Kaiserlichen Gouverneur zu richten und in der Kanzlei des Kommissars für chinesische Angelegenheiten abzugeben.

Horst Gründer (Hg.), „...da und dort ein junges Deutschland gründen“. Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, dtv, München 2006, S. 245 f.

1 a) Analysieren Sie die Folgen der deutschen Kolonialherrschaft für die chinesische und afrikanische Bevölkerung (M4 a, b).

b) Deuten Sie die Kritik des Karikaturisten an imperialistischer Herrschaft (M4 a).

Weiterführende Arbeitsanregung

2 Informieren Sie sich mithilfe eines historischen Handbuches über die Kolonialkriege gegen Herero und Nama (1904–1907) sowie die Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstandes (1905–1907). Stellen Sie am Beispiel dieser Kolonialkriege Ursachen und Folgen imperialistischer Herrschaft für die Kolonialvölker dar.

Literaturtipp

Thoralf Klein u. Frank Schumacher (Hg.), Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus, Hamburger Edition, Hamburg 2006

b) Der Historiker Theodor Schieder über Typen und Phasen europäischer Nationalstaatsgründungen, 1965:

In der ersten Etappe bildet sich der moderne Nationalstaat in England und Frankreich durch eine innerstaatliche Revolution, in der die Gemeinschaft der Bürger einen bereits bestehenden Staat auf bestimmte politische Werte und am Ende auf den Volkswillen, die *volonté générale* im Sinne Rousseaus, die Nation als Willensgemeinschaft neu gründet. Das subjektive Bekenntnis zu dem auf diese Weise neu geschaffenen Staat bleibt das einzige Merkmal einer politischen Nationalität, nicht etwa Sprache, Volksgeist oder Nationalcharakter. [...]

Die zweite Phase steht im Zeichen der Entstehung von Nationalstaaten aus staatlich getrennten Teilen von Nationen, die ihre politische Zerrissenheit überwinden wollen. Der nationalrevolutionäre Akt gestaltet nicht einen vorhandenen Staat um, sondern will einen neuen schaffen. Dies ist die Stunde der nationalen „Einheitsbewegungen“, wie z.B. in Deutschland und in Italien. Bei ihnen erscheint die Nation als eine vor dem Staat gegebene, entweder historisch oder kulturell oder als sozialer Verband begründete Größe. [...]

In der dritten Phase geht es wiederum um ein anderes Problem. Mit ihr haben wir den Schwerpunkt unserer Betrachtung von Westeuropa und Mitteleuropa nach Osteuropa verlegt. Während die Großstaatsbildungen in Westeuropa durch die nationaldemokratische Revolution national bestimmt worden sind, allerdings in eigentümlicher Verknüpfung mit imperialen Herrschaftssystemen außerhalb Europas, die wie in Großbritannien den nationalen Kernstaat niemals davon isoliert betrachten lassen, während in die Herrschaft über Mitteleuropa Kleinstaaten und Großstaaten sich teilen, ist Osteuropa das Feld der großen imperialen Imperiums- und Reichsbildungen gewesen. [...] Die nationalen Bewegungen in Osteuropa, in ihrer Tradition und Herrschaft sehr verschiedenen Charakters, entfalten sich im Bereich dieser Großstaaten, die für sie als die großen „Gefängnisse der Völker“ erscheinen. Das politische Bewusstsein dieser Bewegungen und der sie tragenden Völker wird nicht im und am Staat entwickelt, sondern durch die Gegnerschaft gegen den bestehenden Staat geprägt.

Theodor Schieder, *Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa* (Erstveröffentlichung 1965), in: ders., *Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, hg. v. Otto Dann und Hans-Ulrich Wehler, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1991, S. 69–71

c) Der Historiker Christoph Nonn zur Typologie Schieders, 2007:

Theodor Schieders Typologie der Bildung von Nationalstaaten lässt sich in Einzelheiten durchaus kritisieren. Schieder selbst wies bereits daraufhin, dass sich im polnischen Beispiel die Typen des secessionistischen und unifizierenden Nationalismus überschneiden. Auch die italienische Einigung, die gegen Österreich erkämpft wurde und

erst mit dem Gewinn Südtirols aus der Konkursmasse des Habsburgerreichs 1919 abgeschlossen war, hatte teilweise secessionistische Züge. Nicht immer und überall lassen sich die tatsächlichen historischen Entwicklungen in das Schema von drei Phasen pressen, die zeitlich und geographisch eine Abfolge bilden. Die Unabhängigkeitserklärung Rumaniens vom Osmanischen Reich schon 1830 ist eindeutig eine secessionistische Nationalbewegung osteuropäischen Typs, fand aber vor den Vereinigungen Deutschlands und Italiens in Mitteleuropa statt. Norwegen spaltete sich 1905 von Schweden, Irland 1922 von Großbritannien ab: Beide Fälle lassen sich zwar von der Chronologie her, nicht aber räumlich zum secessionistisch-osteuropäischen Typ zählen. Die Abspaltung Belgiens von den Niederlanden 1831 passt sogar weder zeitlich noch von der Geographie her ins Schema. Allerdings ist im belgischen Fall fraglich, ob es sich dabei wirklich um eine Nationalbewegung handelt. Denn das Motiv der Abspaltung war ein politisch-religiöses, und die Einheit des neuen Staates wurde seit den 1840er-Jahren immer wieder durch Gegensätze zwischen Flamen und Wallonen infrage gestellt, die sich zwar durch die katholische Religion, nicht aber durch die Sprache vereint fühlten. So sehr Ausnahmen von der Regel Schieders Schema hier und dort modifizieren mögen, so analytisch hilfreich und treffend erscheint es doch im Ganzen.

Christoph Nonn, *Das 19. und 20. Jahrhundert. Orientierung Geschichte*, Paderborn 2007, S. 216

- 1 Analysieren Sie M 5 a mithilfe der Methodenseite S. 150 f.
- 2 Stellen Sie mithilfe von M 5 b, c und des Darstellungstextes eine Tabelle zusammen, in der Sie die europäischen Nationalstaatsgründungen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert bestimmten Typen und Phasen der Nationenbildung zuordnen. Arbeiten Sie die jeweils wichtigsten Merkmale dieser Typen und Phasen heraus.
- 3 Erörtern Sie die Kritik an der Typologie Schieders (M 5 b).

Weiterführende Arbeitsanregung

- 4 **Arbeitsteilige Gruppenarbeit:** Untersuchen und beschreiben Sie die Nationalstaatsgründungen in Polen, Irland, Belgien und Italien. Ordnen Sie dies der Typologie und das Phasenmodell Schieders (M 5 b) ein. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse im Plenum.

Literaturtipps

Die Zeit, Welt- und Kulturgeschichte. Epochen, Fakten, Hintergründe. 20 Bdn., Bd. 12: Zeitalter des Nationalismus, Zeit-Verlag, Hamburg 2007

M3 Der Historiker Wolfgang Wippermann über das Herrschaftssystem des italienischen Faschismus, 1983

Auch das durch das Gesetz von 1926 und die *Carta del Lavoro* von 1927 eingeführte Korporativsystem¹ entsprach nicht den Vorstellungen der faschistischen Syndikalist² von einer harmonischen und gleichberechtigten Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Tatsächlich konnte von einer Gleichberechtigung der Vertreter der Arbeiterschaft und der Unternehmer in den zwölf verschiedenen Syndikaten, die wiederum zu Korporationen zusammengefasst waren, nicht die Rede sein. Die Unternehmer verfügten mit der „Confindustria“ darüber hinaus über ein eigenes Vertretungsorgan, das über den Staatsapparat und den faschistischen Großrat die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Industrie geltend machen konnte. Auch in diesem Bereich kam es zu einem sehr labilen Gleichgewichtszustand. Einerseits konnte von einer Gleichschaltung der Industrie nicht die Rede sein, andererseits hatten die Industriellen den direkten Einfluss auf das politische Leben verloren und sahen sich in der Folgezeit zunehmend Eingriffen des Staates in das Wirtschaftsleben ausgesetzt.

Zusammenfassend wird man sagen können, dass der faschistische „stato totalitario“ auf einem komplizierten und ambivalenten System wechselseitiger Kontrollen und Balancen basierte. [...] Mussolinis Stellung hing wesentlich davon ab, ob es ihm gelang, die Unterstützung der aus sehr unterschiedlichen Kräften und Personen bestehenden faschistischen Partei und die auf plebiszitärem Wege gewonnene Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zu erhalten und zu stärken. Das war mit ausschließlich repressiven Maßnahmen, von denen neben den Führern der organisierten Arbeiterschaft vor allem die nationalen Minderheiten, die Deutschen in Südtirol und die Slowenen und Kroaten in Istrien und Triest, betroffen waren, nicht zu erreichen. Bestand und Zusammenhalt des faschistischen Regimes konnten nur dann aufrechterhalten werden, wenn Mussolini Erfolge im Bereich der Wirtschafts- und Außenpolitik erzielte. Das war zunächst der Fall.

Wolfgang Wippermann, *Europäischer Faschismus im Vergleich (1922–1982)*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1983, S. 34f.

- 1 Korporation: Zusammenschluss von Personen aus gleichem Stand oder Beruf; im korporativen Staat wird die politische Willensbildung von ständischen Körperschaften der Berufs- oder Volksgruppen getragen, nicht vom gewählten Parlament mit gleichem Stimmrecht für jeden Bürger
- 2 Syndikalismus: Bezeichnung für sozialrevolutionäre Bestrebungen mit dem Ziel, alle Produktionsmittel durch autonome Gewerkschaften zu übernehmen; die Gewerkschaften bilden anstelle von politischen Stellvertretern die Regierung, parlamentarische Bestrebungen werden abgelehnt

1 Arbeiten Sie die zentralen Merkmale des Herrschaftssystems des italienischen Faschismus heraus. Berücksichtigen Sie M 3 und den Darstellungstext, S. 359 ff.

M4 Expansion und Ziele des italienischen Faschismus zwischen den Weltkriegen



1 Arbeiten Sie mithilfe der Karte die Ziele und tatsächliche Expansion Italiens in der Zwischenkriegszeit heraus.

M5 Verlauf und Ausgang des Spanischen Bürgerkrieges

a) Die Historiker Edgar Wolfrum und Cordula Schmalzer über die europäische Dimension des Spanischen Bürgerkrieges, 2007:

Der innerspanische Bürgerkrieg besaß eine gesamteuropäische Dimension. Spanien wurde zum politischen und militärischen Schlachtfeld, auf dem die europäischen Mächte aus unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen in den Konflikt einbezogen wurden. Die Iberische Halbinsel wurde so zur Projektionsfläche für die Ängste: Mindestens 35 000 Flüchtlinge, darunter Kommunisten und Sozialisten, aber auch Anarchisten, kämpften zwischen 1936 und 1939 aufseiten der Republik, zumeist in den von der Sowjetunion (Komintern) ins Leben gerufenen „Internationalen Brigaden“. Die Sowjetunion unterstützte die Republik darüber hinaus mit Waffenlieferungen. In der ersten Hälfte der Brigaden kam es auch zu heftigen Kämpfen zwischen Kommunisten und Anarchisten u.a. um die politischen Führungspositionen. Die Brigaden wurden im Herbst 1938 auf Bitten der spanischen Regierung unter Aufsicht des Völkerbundes offiziell aufgelöst.